

ver.di | 13.01.2017 | Lesezeit 4 Min.

## Mit Streiklust gegen Mitgliederschwund

*Fünfzehn Jahre nach der Gründung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft fällt die Bilanz gemischt aus. Die Mitgliederzahl von ver.di ging um ein gutes Viertel zurück, die Finanzen sind wieder auf dem aufsteigenden Ast – auch dank höherer Lohnabschlüsse.*

---

Von 2001 bis 2005 entfielen in Deutschland 94 Prozent aller streikbedingt ausgefallenen Arbeitstage auf die Industrie, der kleine Rest von 6 Prozent ging vom Dienstleistungssektor aus. Dienstleister haben damals also kaum gestreikt.

Doch diese Zeiten sind lange vorbei: Zwischen 2011 und 2015 gingen 95 Prozent der Ausfalltage auf das Konto der Serviceleistenden.

Dahinter steckt eine Zäsur in der Gewerkschaftslandschaft. Der Zusammenschluss von Deutscher Angestellten-Gewerkschaft (DAG), Deutscher Postgewerkschaft (DPG), Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), IG Medien sowie der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) zur Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di im März 2001 war die größte aller Gewerkschaftsfusionen in Deutschland. Mehr als 1.000 Berufe mussten auf 13 verschiedene Fachbereiche verteilt werden. Damals löste ver.di die IG Metall als größte deutsche Einzelgewerkschaft ab.

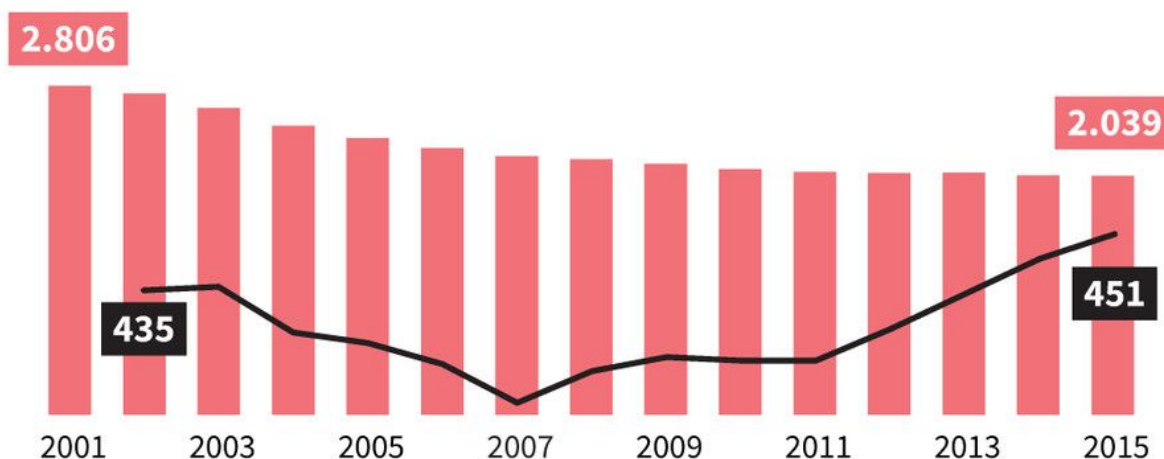
# Einsparungen durch Fusion

Als Sparmaßnahme funktionierte die Fusion: Die Anzahl der hauptamtlichen Gewerkschaftsmitarbeiter hat sich von 4.500 im Gründungsjahr auf heute etwa 3.000 verringert. Andere Rechnungen sind nicht aufgegangen. Die Mitgliederzahl schrumpfte in den Anfangsjahren der Multibranchengewerkschaft rapide:

**Von 2001 bis 2007 verlor ver.di im Schnitt jedes Jahr 100.000 Anhänger.**


## ver.di: Weniger Mitglieder, mehr Beiträge

- Mitglieder in 1.000
- Beitragsaufkommen in Millionen Euro



ver.di: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, gegründet im Jahr 2001 aus fünf Einzelgewerkschaften, erstes Rechnungsjahr war 2002

Quelle: ver.di  
© 2017 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

Schnell war das Sprachrohr der Dienstleister nur noch die Nummer zwei der hiesigen

Großgewerkschaften. Die Talfahrt der Mitgliederzahl hält bis heute an – hat sich aber deutlich verlangsamt. Zwischen 2007 und 2015 verringerte sich die Zahl jährlich nur noch um rund 21.000. Das Ausdünnen des Gewerkschaftslagers blieb nicht ohne Folgen für die Tarifbindung, in einigen Branchen ging sie empfindlich zurück:

**Im westdeutschen Handel** sackte der Anteil der tarifgebundenen Arbeitnehmer in der ver.di-Zeit von 69 auf 42 Prozent ab.

**Im westdeutschen Banken- und Versicherungsgewerbe** ging die Tarifbindung seit 2002 von 93 auf 80 Prozent der Beschäftigten zurück.

**Im Bereich Gesundheit, Erziehung und Unterricht** fiel der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder von 2010 bis 2015 um 6 Prozentpunkte auf 60 Prozent.

Nur im öffentlichen Dienst blieb die Tarifbindung stabil bei mindestens 95 Prozent.

Anfangs schlug der Mitgliederschwund deutlich auf die Finanzen von ver.di durch:

**Die Beitragseinnahmen sanken von 2002 bis 2007 um mehr als 30 Millionen auf 403 Millionen Euro.**

Erstaunlicherweise gelang jedoch 2008 die finanzielle Trendwende – trotz der weiter schrumpfenden Anhängerschaft. Von 2012 an ist das Beitragsaufkommen sogar kräftig gestiegen – auf zuletzt 451 Millionen Euro. Für diesen Erfolg waren zwei Faktoren ausschlaggebend: Zum einen ist der Anteil der Erwerbstätigen an den ver.di-Mitgliedern gestiegen, und die aktiven Mitglieder zahlen höhere Beiträge als Rentner oder Arbeitslose. Zum anderen konnte ver.di ab 2008 höhere Lohnabschlüsse durchsetzen.

## **Veränderter Kurs**

Grund dafür ist eine wohlkalkulierte – und aus ver.di-Sicht mehr als dringend gebotene – Änderung des tarifpolitischen Kurses. Sichtbar wird die expansiver angelegte Lohnpolitik zuerst im Öffentlichen Dienst. Mit Beginn der Tarifrunde 2008 forderte ver.di eine Entgelterhöhung von 8 Prozent in einem Jahr. Um der Forderung Nachdruck zu verleihen, rief die Gewerkschaft erstmals nicht nur zu stundenweisen, sondern zu ganztägigen Warnstreiks auf. Am Ende wurde es ein Lohnplus von 8 Prozent verteilt über zwei Jahre – und der Grundstein für die lohnpolitische Trendwende war gelegt:

**Von 2000 bis 2007 blieben die Lohnsteigerungen im Öffentlichen Dienst mit 7,5 Prozent noch deutlich hinter dem Plus von 12,4 Prozent in der Gesamtwirtschaft zurück. Zwischen 2008 und 2015 aber hatten die Staatsdiener mit 22,9 zu 20,4 Prozent die Nase vorn.**

Ein Indiz für die gestiegene Konfliktfreudigkeit ist auch der sogenannte Häuserkampf um Amazon: Seit 2013 versuchen streikende Verdianer, dem Unternehmen einen Haustarifvertrag abzurufen. Dieser hartnäckig ausgefochtene Häuserkampf ist für ver.di auch ein Mittel, Mitglieder zu gewinnen – und die Streikfähigkeit zu steigern.

---

ver.di verzeichnet seit seiner Gründung einen Mitgliederschwund, steht aber dank zuletzt höherer Tarifabschlüsse finanziell gut da.

---

In anderen Dienstleistungsbranchen standen auf Drängen der Arbeitgeber häufig Manteltarifthemen im Fokus, also Arbeitsbedingungen wie Zuschlagsregelungen oder Samstagsarbeit. Im Einzelhandel wurde zudem lange und ergebnislos über eine Reform der Entgeltstruktur verhandelt.

Das IW Köln misst die Spannungen in Tarifkonflikten auf einer Eskalationsskala von 0 für reguläre Verhandlung bis 7 für Streiks und Aussperrungen. Demnach schaukelte sich der Einzelhandel von 2001 bis 2016 im Schnitt auf Stufe 5 hoch, der öffentliche Dienst bis auf 4,6.

## ver.di: Von zahm bis zänkisch


Durchschnittliche Intensität aller Tarifkonflikte von 2001 bis 2016 in ausgewählten ver.di-Tarifbereichen

	Maximale Eskalationsstufe	Konfliktintensität in Punkten	Verhandlungsdauer in Monaten
Einzelhandel	5,0	18,4	7,0
Öffentlicher Dienst	4,6	21,3	5,3
Deutsche Telekom und T-Systems	4,4	17,3	3,6
Druckindustrie	4,0	16,1	6,6
Deutsche Post	3,1	15,1	2,2
Privates Bankgewerbe	2,4	8,0	5,5
Deutsche Lufthansa	2,3	7,9	4,8

Öffentlicher Dienst: Tarifgemeinschaft von ver.di mit Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und dbb Tarifunion;  
 Eskalationsstufen: 0 = Tarifverhandlung, 1 = Streikdrohung, 2 = Verhandlungsabbruch, 3 = Streikaufruf, 4 = Warnstreik,  
 5 = Scheitern mit anschließender Schlichtung oder juristische Auseinandersetzung, 6 = Scheitern mit anschließender  
 Urabstimmung oder Streik, 7 = Streik und Aussperrung

Konfliktintensität: Summe aller in einem Tarifkonflikt genutzten Eskalationsstufen

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln  
 © 2017 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen  
 Wirtschaft Köln

Wenn sich die Tarifverhandlungen lange hinziehen, wiederholen sich die verschiedenen Konflikthandlungen wie Streikdrohungen oder Warnstreiks häufiger. Summiert man sie, ergibt sich die Konfliktintensität. Auch hier liegen Öffentlicher Dienst und Einzelhandel vorn.

Dass es demnächst friedlicher zugeht, ist wenig wahrscheinlich. Denn eine der wichtigsten Herausforderungen für ver.di-Chef Frank Bsirske & Co. wird es sein, die Bildung weiterer Spartengewerkschaften zu verhindern - die machen ver.di schon heute das Leben schwer. Also wird die Gewerkschaft wohl auch künftig für einzelne Berufsgruppen - wie zuletzt für die Erzieherinnen - zusätzliche Forderungen anstreben.

### **Kernaussagen in Kürze:**

- Fünfzehn Jahre nach der Gründung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di fällt die Bilanz gemischt aus.
- Von 2001 bis 2007 verlor ver.di im Schnitt jedes Jahr 100.000 Anhänger, zwischen 2007 und 2015 waren es jährlich rund 21.000.
- Nachdem die Beitragseinnahmen zwischen 2002 und 2007 sanken, gelang 2008 die Trendwende. Zuletzt stiegen die Zahlen dank höhere Lohnabschlüsse stark an.